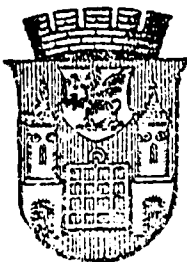


# Schwedter Tageblatt

Verkünderungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 229

Donnerstag, den 30. September 1926

33. Jahrgang

## Chronik des Tages.

— In der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wird außer den Besprechungen über Genf und Thoiry auch der Zwischenfall von Germersheim zur Sprache gebracht werden.

— Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Vorkämpfer Freiherr Langwerth von Simmern, ist zu Besprechungen für kurze Zeit in Berlin eingetroffen.

— Die englischen Bergarbeiter haben den Kampf verloren und kehren allmählich zur Arbeit zurück.

## Die Schwarze Reichswehr.

Neue Zeugenaussagen im Landtagsauschuss.

Während die Vollzüge der Preussischen Landtags erst am 6. Oktober wieder ihren Anfang nehmen, sind die Ausschüsse schon seit Mitte September an der Arbeit. Das meiste Interesse beansprucht der sogenannte Fememassschuß, der sich zur Zeit mit der Untersuchung der Vorgänge im Jahre 1923 befaßt. In der letzten öffentlichen Sitzung am Dienstag wurde das Protokoll der

### Aussage des Zeugen Schmidt

über die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ unter Weglassung einiger von der Reichsregierung beanstandeter Stellen verlesen. Nach Aussage dieses Zeugen hat im Februar 1923 eine Sitzung stattgefunden, in der Ludendorff als Führer der Wehrverbände in Berlin ausgerufen wurde. Diese Verbände hatten verstanden auch die Absicht, einen Umsturz vorzubereiten. Weil das nicht innerhalb der legalen Reichswehr ging, mußten die Arbeitskommandos, denen nach Auflösung der Einwohnerwehr das Einsammeln der Waffen oblag, besonders gefördert werden. Sie standen unter der Leitung des Oberleutnants Schulz.

In der Reichswehr habe es, so sagte der Zeuge weiter, viele Kreise gegeben, die sich eifernd an die Verbände anlehnten, weil sie den politischen Umsturz befürworteten. Die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr seien auf die Kriegsbarrikade verpflichtet worden, nach deren Verrat mit dem Tode bestraft wird. Dem Leuten, die teilweise vereidigt wurden, wurde anheimgestellt, nach ihrem Belieben zu handeln. Man habe ihnen erklärt, wenn sie erwünscht würden, wären sie hin. Eine eigene Gerichtsbarkeit in der Schwarzen Reichswehr sei notwendig geworden, weil Verrat ausgesetzt wurde. Die Urteilsvollstreckung habe man auf die eigene Kasse übernehmen müssen. Major Buchrucker (der Führer des Kärntner Putschs, D. Red.) wollte auf legale oder illegale Weise Reichswehrminister an Gekler's Stelle werden. Als Zeitpunkt des Völkchens habe man den Abbruch des Aufwiderstandes gewählt. Da sich die Reichswehroffiziere, die der Verschwörung angehörten, aber zurückzogen, hatte Buchrucker erklärt, daß er jetzt von sich aus handeln wolle. Nach der Aussage Schmidts war von Buchrucker vorgelesen, daß die Regierung beseitigt und die Gewalt von der Reichswehr übernommen werden solle.

Der deutschnationale Abgeordnete Fahne habe die Zusammenarbeit zwischen der Sabotageaktion und der Organisation des Majors Buchrucker vermittelt. Der Leiter der Schwarzen Reichswehr sei Vertrauensmann des Futisrats Elaf gewesen, der führend aus dem Hintergrunde die Sabotage geleitet habe. Der völkische Abgeordnete v. Graefe habe versucht, mit Buchrucker zusammen zu gehen. Buchrucker habe weiter eine Art bewaffneter Demonstration veranstaltet, um das Reichswehrministerium zur Übernahme der Schwarzen Reichswehr zu bewegen. Nach dem Zusammenstoß in Kärnten, der zur Verurteilung Buchrucker's geführt habe, sei es dann unmöglich gewesen, die Arbeitskommandos noch aufrecht zu erhalten. Der Zeuge hat sich weiter über die eigentliche Fememassschuß dahin geäußert, daß in den Arbeitskommandos die Kriegsarartikel gegen Verräter zur Anwendung gelangt seien. Die letzte Entscheidung habe in der Hand des Oberleutnants Schulz gelegen. Der Zeuge selbst weiß nur von

### fünf oder sechs Todesstrafen.

Die Aussage Schmidts ergibt weiter, daß Oberleutnant Schulz im Gebäude des Landarbeiterverbandes durch eine Hintertür geflohen war. Der Führer der geplanten Diktatur sollte Kapitän Ehrhardt sein. Man habe jedoch im entscheidenden Augenblick Buchrucker im Stich gelassen. Bei der Unterredung, in der über das Völkchen Beschlüsse gefaßt wurde, sei der Landtagsabgeordnete Fahne zugegen gewesen. Fahne habe die Nachricht über den günstigen Zeitpunkt auf Grund seiner Beziehungen zur Behörde gebracht. Die Ermordung von Seering und Streckmann habe längst festgestanden; es hätten mindestens 50 Besprechungen stattgefunden, in denen der Stoff behandelt worden sei. Fahne sei gerade bei den maßgebenden Besprechungen zugegen gewesen. Der Zeuge selbst hat diesen Besprechungen nicht beigewohnt.

Auf Fragen nach der Haltung der Reichswehr hat der Zeuge ausgeführt, daß in der Reichswehr eine Strömung darauf rechnet, daß sich die Entwicklung im Sinne der nationalen Pläne vollziehen würde, während die andere Strömung auf illegalem, revolutionärem Wege früher loschlagen wollte. Viele Reichswehrkommandeure seien an der Verschwörung beteiligt gewesen, jedoch habe General von Seeckt nicht hinter den Umsturzplan gestanden. Man habe mit der Notwendigkeit gerechnet, Seeckt zu beseitigen.

Damit war die Verlesung der Aussagen des Zeugen Schmidt beendet.

Zu gleicher Zeit tagte auch der Fememassschuß des Reichstags, der sich gegenwärtig vornehmlich mit der Untersuchung der bayerischen Fememassschüsse befaßt.

## Frankenrettung ohne deutsche Hilfe.

Es hat den Anschein, als ob der französische Ministerpräsident Poincaré — im Nebenamt bekanntlich auch Finanzminister — sich alle Mühe gibt, einen Teil der Voraussetzungen, auf die sein Außenminister Briand die Verständigung mit Deutschland aufbauen will, illusorisch zu machen.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß er sich mit der Absicht trägt, eine etwaige Unterstützung der deutschen Regierung bei der Durchführung seiner Sanierungspolitik nach Möglichkeit auszuschalten und seinen Finanzplan aus eigenen Mitteln des Landes durchzuführen.

Wie der Petit Parisien in einem offenbar amtlich beeinflussten Artikel über die Finanzpläne Poincaré's mitteilt, wird die Kammer zur Ende Oktober zur Beratung des Schuldensatzes kommen mit Amerika einberufen werden. Nach dessen Annahme würde die Bank von Frankreich durch die bis dahin schon angesammelten ausländischen Devisen allein schon ausreichende Sicherheiten in der Hand haben, um nach Belieben ausländische Kredite zu erhalten und damit die Stabilisierung vorzunehmen. Dann aber verlor die verschiedenen Hypothesen, die nach der Unterredung in Thoiry bezüglich einer deutschen Finanzhilfe ins Auge gefaßt worden seien, fast ihren ganzen Wert, zumal es sich auch nur um einen Bruchteil der Eisenbahnobligationen handelt.

Der Berliner Mitarbeiter des „Petit Parisien“ ergänzt diese Darlegungen dahin, daß gegenwärtig alle finanziellen Wege, auch über Berlin, nach New York führten. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, ob es nötig sei, überhaupt über Berlin zu gehen, und ob man nicht dadurch die deutsche Mitwirkung sehr teuer bezahle. Es sei vielleicht besser, den Franken zu stabilisieren unter der direkten Hilfe von New York, was allerdings die deutsche Teilnahme nicht ausschließe. Diese Methode würde es der französischen Regierung ermöglichen, mit Deutschland mit größerer Freiheit zu verhandeln.

## Germersheim in französischer Darstellung.

Wie vorausgesehen war, wird von französischer Seite versucht, die Schuld an dem blutigen Zwischenfall in Germersheim auf die Deutschen abzumäßen. Das amtliche französische Nachrichtenbureau gibt in einem Telegramm aus Mainz folgende tendenziöse Schilderung:

„Nach den in Mainz eingegangenen Erkundigungen über den zwischen einem französischen Offizier und mehreren Deutschen in Germersheim entstandenen Streit ergibt sich, daß im Laufe des Sonntags französische Soldaten mehrfach von diesen Deutschen provoziert worden sind.“

Am 27. 9., gegen 1 Uhr früh hätten sechs Deutsche einen Offizier am Stadtor angegriffen. Der bedrohte und angeschlagene Offizier habe in Notwehr einen seiner Angreifer verwundet, nachdem er zuvor einen Schreckschuß abgegeben habe. Auf dem Heimwege sei er erneut angegriffen worden; er habe sich ein zweites Mal verteidigen müssen und dabei einen Deutschen getötet und einen anderen verwundet. Vom französischen Militärgericht sei eine Untersuchung eingeleitet worden.“

Daß die französische Telegraphenagentur in ihrer Darstellung des Vorfalles versuchen würde, den Deutschen die Schuld zuzuschreiben, kann nicht überraschen. Die in Gang befindliche Untersuchung, an der deutsche Stellen beteiligt sind, wird Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt bringen. Soviel scheint aber schon jetzt einwandfrei festzustellen, daß der französische Offizier weder „mehrfach provoziert“ noch „bedroht und geschlagen“ worden ist. Gerade das Gegenteil

dürfte der Fall sein. Der Unterleutnant Roucier ist wiederholt durch sein herausforderndes Benehmen mit Zivilpersonen aneinandergeraten und dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal den Anlaß zu dem blutigen Zwischenfall gegeben haben. Es ist überdies bezeichnend, daß die französischen Befehlsbehörden den Täter bis Dienstag nachmittag auf freiem Fuß belassen (!) hatten und in den Straßen von Germersheim herumspazieren ließen. Die erregte Menge nahm schließlich gegen den Mörder eine so drohende Haltung ein, daß Roucier sich eiligst flüchten mußte. Erst am Dienstagabend ist Roucier dann als Gefangener nach Landau abtransportiert worden, nachdem er vorher durch einen französischen General und einen Gendarmereibereiter vernommen worden war. Das Artillerieregiment 311, dem auch der Täter angehört, soll aus Germersheim in seine Heimatgarnison abtransportiert werden.

### Die Untersuchung des Zwischenfalls

geht weiter. Von deutscher Seite ist auch Oberstaatsanwalt König von Zweibrücken angekommen, während auf französischer Seite verschiedene höhere Offiziere tätig sind, die den verwundeten Holzmann vernommen haben. Die Beerdigung des erschossenen Müller findet voraussichtlich heute statt. Das Befinden des schwerverletzten Fuhrmanns Josef Mathes ist unverändert. Er war vorübergehend bei Bewußtsein. Ob es in dessen der Kunst der Ärzte gelingen wird, ihn am Leben zu erhalten, ist noch fraglich.

Sowohl von deutschnationaler wie von kommunistischer Seite ist beabsichtigt, in der nächsten, für den 7. Oktober angesetzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags außer den Besprechungen über Genf und Thoiry auch den Zwischenfall Germersheim zur Sprache zu bringen.

## Reichsregierung und Germersheim.

Einforderung der französischen Akten? Ueber den Erfolg des Schrittes des Reichskommissars für die besetzten Gebiete bei der Interalliierten Rheinlandkommission wegen der Bluttat von Germersheim ist bisher noch nichts bekannt. Die Erörterungen werden sich noch einige Tage hinziehen. Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes über eine Absicht der französischen Regierung, die französischen Akten in dem Fall Germersheim nach Berlin zur Kenntnisnahme zu übersenden, ist im Auswärtigen Amt bis jetzt noch nichts bekannt.

## Politische Rundschau.

— Anlässlich der internationalen Polizeibereinigungen in Berlin fand im preussischen Innenministerium ein Empfang statt, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten von in- und ausländischen Polizeibehörden geladen waren. — Die sächsischen Wehrverbände sprechen in einer Erklärung ihr Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen über die Herstellung einer bürgerlichen Einheitsfront gescheitert sind.

### Tagung der Reichstagsfraktion der D. V. P.

— Müdesheim, 30. Septbr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei versammelte sich hier zu einer außerordentlich stark besuchten Tagung. Die Fraktion bekannte sich einmütig zu den Grundlinien ihrer Politik. Entschlüsse wurden nicht gefaßt.

— Besuch des Reichsjustizministers im Reichspatentamt. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Bell, startete dem Reichspatentamt einen Besuch ab. In der Ansprache an die Beamtenschaft wies der Minister auf den bevorstehenden Abschluß der Arbeiten zur Revision des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Gesetzes hin, bei der er sein Augenmerk darauf richten werde, unter möglichst vollkommener Ausgestaltung des Erfinderschutzes den berechtigten Wünschen von Handel und Industrie Rechnung zu tragen.

— Ungenügender Besatzungsabbau. Vor einigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß demnächst 5000 bis 6000 Soldaten das besetzte Gebiet räumen sollten. Diese Zahl dürfte jedoch den tatsächlich in Aussicht genommenen Räumungsplänen nicht entsprechen. Die Befehlsbehörde beabsichtigt vielmehr, im Laufe der nächsten Woche nur 2500 bis 3000 Mann zurückziehen. Ein Teil der Truppen wird direkt in die französischen Garnisonen abtransportiert, während es sich bei dem anderen Teil nur um eine Verabschiedung handelt.